

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Arbeit analysiert die Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung in Chile während der Jahre 1891 bis 1931.

Die ausgewählte historische Periode beginnt mit dem Bürgerkrieg 1891, als der Präsident Balmaceda gestürzt wurde und endet mit dem Fall des Diktators Carlos Ibáñez 1931.

Für die Rekonstruktion dieser historischen Periode wurden sowohl Primär-, als auch Sekundärquellen benutzt, v.a. Memoiren von Politikern und Jahresberichte verschiedener Institutionen, Zeitungsartikel und Romane. Zusätzlich wurden für diese soziologische Interpretation Standardwerken von Weber, Elias, Habermas, Foucault u. a. verwendet.

Auf traditionellen Analysen über den chilenischen Staat, die sich auf seine juristisch-politische Form konzentrieren, wurde verzichtet. Stattdessen wird ein anderer Untersuchungsstandpunkt aufgezeigt, dessen analytisches Gerüst der Begriff der *"Beziehung"* ist. Der Staat wird als soziale Organisation mit drei Praktiken verstanden: die politische, die administrative und die gesetzliche. Dies ermöglicht die Untersuchung des Staates als ein soziales Subjekt mit unterschiedlichen Dimensionen, was erlaubt, den historischen Prozess wieder als einen dynamischen zu betrachten.

Die untersuchte Periode besteht aus zwei großen Abschnitten. Der erste reicht von 1891 bis 1924, als ein erster Militärputsch stattfindet. Der zweite beginnt 1924, von diesem Jahr an waren bis 1931 alle Regierungen direkt oder indirekt militärisch geprägt. 1924 nahmen die Veränderungen, die seit 1891 in der Beziehung Staat-Bevölkerung stattgefunden hatten einen institutionellen Charakter an.

In dem ersten Zeitraum war der Staat in den Händen von unterschiedlichen oligarchischen Gruppen, die nach dem Bürgerkrieg 1891 ein politisches, administratives und gesetzliches System mit gewisser Stabilität schafften. Das zentrale Merkmal der Regierungen dieser Periode ist die Ausschließung anderer, nicht oligarchischer, sozialer Sektoren aus dem Rahmen staatlicher Betrachtung, d.h. die Beziehung mit dem Rest der Bevölkerung bestand in der Ausschließung, in der Auslassung. In diesem Sinne ist die vorliegende Arbeit ein Gegenstück zu traditionellen Thesen, die den Staat als oligarchische Bereicherungs- und

Herrschaftsquelle verstehen. In dieser Untersuchung wird der Staat als ein Mechanismus begriffen, der die bestehende Struktur von sozialen Privilegien reproduzierte und den Rest der Bevölkerung davon ausschloss.

Der vorgeschlagene Begriff für die Darstellung dieser politischen, administrativen und gesetzlichen Praktiken ist der des "*Ausschließenden Staats*" (Estado Excluyente).

Die Oligarchien entwickelten eine besondere Form zur Verwaltung des Staats, die in dieser Arbeit als "*staatlich oligarchische Logik*" (lógica estatal oligárquica) bezeichnet wird. Das Hauptmerkmal ist ihr Verständnis des Staats als persönliches Eigentum und als Mittel zur "*Aristokratisierung*". Das bedeutete, dass die Oligarchien dank ihres Machtmonopols den Staat willkürlich benutzten und ihn gleichzeitig als Medium für einen sozialen Aufstieg verwandelten, da er die Annäherung an die Oligarchien und den Zugang zu einigen seiner sozialen Veranstaltungen ermöglichte.

Aber die "*staatlich oligarchische Logik*" hatte ernsthafte Folgen in der Verwaltungsstruktur und im Budget des Staats, denn dadurch entwickelte sich unorganisches Wachstum und finanzielle Instabilität. Die durch diese Wirtschaftspolitik hervorgerufene Inflationswellen, verursachten ernsthafte Folgen für die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung. Dies führte in den zwanziger Jahren zur Infragestellung des "Ausschließenden Staats" durch den Rest der Bevölkerung.

Im September 1924 und März 1925 fanden als Widerspiegelung der Unzufriedenheit gegen die Oligarchien Militärputsche statt. Diese Putsche leiteten das Ende des oligarchischen Staatsmonopols ein und vernichteten die "*ausschließende Struktur*" (matriz excluyente), auf der es basierte.

Die Beziehungen wurden dadurch viel komplexer, sie operierten nicht mehr mit der Dichotomie Nichtbeachtung-Verbot, sondern erweiterten sich um vielerlei Möglichkeiten: Erlaubnis, Verbot, Ordnung, Potenzierung, Kreation.

Für diese Veränderung waren zwei Prozesse nötig, die fast so alt waren wie der "*Ausschließende Staat*": die territoriale und soziale Ausweitung seiner Verwaltungsstruktur und die Entstehung und Verbreitung eines Bewusstseins (producción y distribución de la

conciencia). Der erste Prozess war von der Oligarchie als Versuch angefangen worden, die Präsenz des Staats in ganz Chile zu konsolidieren. Der zweite war die Art und Weise wie andere soziale Sektoren sich Kategorien für die Reinterpretation ihrer Realität zu eigen machten. So erkannten andere Sektoren allmählich die Existenz des Staats und füllten ihn mit autonomen Inhalten und Bedeutungen, bis der Staatsbegriff der Oligarchie und der "*Ausschließende Staat*" überwunden wurde.

Dieser Prozess wird "*soziale Verstaatlichung*" genannt, er ermöglichte bestimmte soziale Beziehungen zwischen zahlreichen sozialen Sektoren der Bevölkerung, die die Basis für die Entstehung einer nationalen Gesellschaft schafften.

Obwohl das Militär das oligarchische Staatsmonopol abschaffte, verwaltete es den Staat im Sinne der "*oligarchisch staatliche Logik*" weiter. Das Militär verstärkte sie sogar noch, indem sie sie zur festen Komponente des Staats machte. So wurde diese *Logik* das wichtigste Erbe der Oligarchien des 19. Jh.s für den chilenischen Staat.

Der Zugang zum Staat bewirkte daher eine "*Aristokratisierung*" und eine willkürliche Benutzung der Institutionen. Dies hatte zur Folge, dass die symbolischen und materiellen Möglichkeiten zur Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz verhindert wurde. Dadurch wurde die Bildung eines Rechtsstaats und einer Zivilgesellschaft verhindert.